

Sprechnotiz

„Nein zur Ecopop-Initiative“

Medienkonferenz vom 7. November

Regierungsrat Andreas Rickenbacher

Präsident Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK),

Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion (BE)

Sehr geehrte Damen und Herren

Lassen Sie mich mit einigen Fakten beginnen: Zwischen 2002 und 2013 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in der Schweiz um insgesamt 624'000 Personen zu. Rund die Hälfte davon entfällt auf Schweizer und niedergelassene Ausländer; die andere Hälfte auf Personen aus der EU beziehungsweise der EFTA oder aus Drittstaaten.

Gleichzeitig hat die Schweiz mit rund 83 Prozent im Jahr 2013 eine der höchsten Erwerbsquoten bei den 15- bis 64-Jährigen; auch bei den Frauen liegt die Erwerbsquote bei vergleichsweise hohen 78 Prozent. Seit 2002 liegt die Arbeitslosenquote der Schweiz im Durchschnitt pro Jahr bei etwas mehr als drei Prozent – weltweit ein Rekordwert.

Als Präsident der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz VDK freue ich mich natürlich über diese Zahlen. Denn diese Zahlen zeigen, dass es der Schweiz und ihren Bewohnerinnen und Bewohnern im internationalen Vergleich sehr gut geht. Dafür spricht auch, dass das reale Wachstum des Bruttoinlandprodukts der Schweiz seit 2002 im Durchschnitt jährlich bei 1,2 Prozent liegt. In den 90er Jahre hatte die Schweiz noch eine der tiefsten Wachstumsraten unter den OECD-Ländern.

Und die wirtschaftlichen Aussichten sind – wenn auch etwas nach unten korrigiert – nach wie vor gut: Für das laufende Jahr ist mit einem BIP-Wachstum von 1,8 Prozent zu rechnen, für 2015 mit 2,4 Prozent.

Weniger Freude bereitet mir, was passieren würde, wenn die Ecopop-Initiative am 30. November 2014 angenommen würde: Zuerst zu erwähnen sind die direkten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Bei einer Annahme der Ecopop-Initiative dürfte die ständige Wohnbevölkerung – ohne Differenzierung zwischen Schweizer und Ausländer – durch Zuwanderung im Dreijahresschnitt nur um 0,2 Prozent wachsen. Das wären für 2014 auf Basis des Vorjahres weniger als 17'000 Personen (16'280) gewesen. Die Schweizer Wirtschaft benötigt aber Arbeitskräfte, wenn sie weiterhin erfolgreich sein und unseren Wohlstand sichern will. Und sie wird auch weiterhin ausländische Arbeitskräfte benötigen. Trotz aller Bemühungen, das inländische Arbeitskräftepotenzial zu mobilisieren.

Die Zahl der Erwerbstätigen wird aufgrund der demografischen Entwicklung ab dem Jahr 2020 rückläufig sein. Gleichzeitig wird sich der Fachkräftemangel verschärfen. Das ist kein Schweizer Phänomen, sondern ein weltweites. Die Zuwanderung wird je länger je mehr von der Nachfrage und nicht mehr vom Angebot bestimmt werden. Fachleute nennen das den *global war for talents*.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – kurz MINT-Berufen – beispielsweise ist aufgrund des Strukturwandels der Schweizer Wirtschaft hin zu einer Wissensgesellschaft besonders gross. 2009 standen in der Schweiz 16'000 offenen MINT-Stellen rund 2'000 stellensuchende MINT-Fachkräfte gegenüber. Gemäss einer Umfrage von Swissmem, dem Dachverband der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, haben 75 Prozent der Firmen Mühe Fachkräfte zu rekrutieren. Jedes vierte Unternehmen hat offene Stellen für Fachpersonal, die es nicht besetzen kann.

Als Volkswirtschaftsdirektor der Kantons Bern mit seiner Uhrenindustrie, der Medizinaltechnik und der Cleantech-Branche beunruhigen mich diese Zahlen.

Deshalb ist die Schweiz gut beraten, auch das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen und den Fachkräftemangel nicht alleine durch Zuwanderung zu beheben. Die Kantonsregierungen haben im Juni bekräftigt, dass das inländische Arbeitskräftepotenzial weiter mobilisiert werden soll. Seit 2011 arbeiten die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz und die Erziehungsdirektorenkonferenz im Rahmen der Fachkräfteinitiative eng mit dem Bund und den Sozialpartnern zusammen. Ziel ist es, die Anstrengungen zu koordinieren und wo nötig zusätzliche Massnahmen zu ergreifen oder bestehende zu optimieren. Das Problem wird also schon seit längerem angepackt, hat aber an Bedeutung gewonnen.

Es reicht jedoch nicht aus, sich nur auf Fachkräfte zu konzentrieren. Die Schweizer Wirtschaft benötigt Arbeitskräfte mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau. In diesem Zusammenhang müssen auch die bereits angelaufenen Bemühungen, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge vermehrt ins Erwerbsleben zu integrieren, verstärkt werden. Bereits vor zwei Jahren wurde im Rahmen der Tripartiten Agglomerationskonferenz – einer Plattform von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden – ein Dialog über die Integration am Arbeitsplatz mit Arbeitgeber- und Branchenverbänden, Gewerkschaften und Organisationen der Migrationsbevölkerung lanciert. Diese Bemühungen werden intensiv fortgesetzt.

Die Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotenzials wird auch die nächsten Jahre weit oben auf der Agenda der Kantone stehen. Nichtsdestotrotz möchte ich vor der Illusion warnen, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften alleine dadurch gedeckt werden kann.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz hängt in grossem Mass von einem flexiblen und international ausgerichteten Arbeitsmarkt ab. Bereits heute nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative ist in der Wirtschaft Unsicherheit spürbar. Mit der Annahme der Ecopop-Initiative würde sich diese Unsicherheit noch massiv verstärken. Und Unsicherheit ist immer Gift für die Wirtschaft.

Mit einer Begrenzung der Nettozuwanderung auf rund 17'000 Personen wäre es erst recht nicht mehr möglich, die Nachfrage nach Arbeitskräften seitens der Wirtschaft zu befriedigen. Dadurch ergeben sich massive wirt-

schaftliche Nachteile für die Schweiz: von ausbleibenden Investitionen bis hin zur Abwanderung von Unternehmen und damit zum Verlust von Arbeitsplätzen. Die Ecopop-Initiative gefährdet deshalb den Wohlstand der Schweiz und ist ein gesamtwirtschaftliches Risiko.

Wie bereits die Masseneinwanderungsinitiative stellt auch die Ecopop-Initiative das bisherige duale Zulassungssystem – die Personenfreizügigkeit mit der EU und der EFTA einerseits und die Zuwanderung hochqualifizierter und von der Wirtschaft nachgefragter Arbeitskräfte aus Drittstaaten andererseits – in Frage. Wie mein Kollege Regierungsrat Cina am Anfang bereits gesagt hat: Es ist nicht davon auszugehen, dass die EU bereit wäre, unter den Bedingungen der Ecopop-Initiative das Freizügigkeitsabkommen neu zu verhandeln. Die indirekten Folgen einer Annahme der Ecopop-Initiative – nämlich die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens – würden die vorher genannten Nachteile noch zusätzlich verschärfen. Aus diesem Grund lehnen die Kantone diese Initiative ganz klar ab.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.